



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche
Institut für Geschichte,
Stiftung Universität Hildesheim**

Christian Schwarz-Schilling

Die Bundesrepublik Deutschland und der blutige Zerfall Jugoslawiens.
Ein zeitgeschichtlicher Erfahrungsbericht
11. Mai 2017

Zum Referenten

Christian Schwarz-Schilling studierte Ostasiatische Kultur- und Sprachwissenschaften und Geschichte an der Universität München. Mit der Arbeit "Der Friede von Shan-Yuan 1005 n. Chr. und seine Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Chinesischen Reich und dem Liao-Reich der Kitan" promoviert er 1956 zum Dr. phil. Von 1957 bis 1982 war er Geschäftsführer der Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH in Büdigen; von 1993 bis 2002 Geschäftsführer der Dr. Schwarz-Schilling & Partner GmbH, einem Telekommunikations-Beratungsunternehmen, ebenfalls aus Büdigen. Seit 1960 ist er Mitglied der CDU. Hier gehörte er ab 1964 dem Landesvorstand Hessen an, von 1967 bis 1980 als dessen Generalsekretär, und von 1967 bis 1996 als Erster stellvertretender Landesvorsitzender. Von 1966 bis 1976 war er Mitglied des Hessischen Landtags und von 1970 bis 1976 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und kulturpolitischer Sprecher. 1976 bis 2002 war Christian Schwarz-Schilling Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1981 bis 1982 Vorsitzender der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“. Von 1982 bis 1992 war Schwarz-Schilling Bundesminister für Post und Fernmeldewesen/Telekommunikation. 1992 trat er aus Protest gegen die Haltung der Bundesregierung im Bosnien-Krieg zurück. 1994 bis 1998 war er Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, 1998 bis 2002 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zwischen Januar 2006 und Juni 2007 war Schwarz-Schilling Hoher Repräsentant der UNO für Bosnien und Herzegowina. Bis heute engagiert er sich für Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Vortrag

Der Referent verbindet zu Beginn seines Vortrags die Erfahrungen aus der deutschen Geschichte mit Jugoslawien. Er berichtet, dass er gefragt wurde, ob es für ihn als Deutschen schwierig gewesen sei den Posten des Streitschlichters anzunehmen. Für den Referenten war das nie ein Problem, gerade weil er auch die deutsche Geschichte, inklusive Nationalsozialismus, selbst erfahren hat und sehr genau kennt. Diese Erfahrung konnte er im ehemaligen Jugoslawien einbringen und den streitenden Parteien sagen, dass jedes Land seine Hoch- und Tiefpunkte hat. Beim Streitschlichter-Posten geht es darum, dass man anerkennt, was gewesen und was jetzt ist, um mit dieser Erkenntnis an die Verarbeitung des Geschehenen heranzugehen, damit die Menschen in der Gegenwart und der Zukunft wieder ein normales Leben führen können. Schwarz-Schilling erreichte ein Ausbleiben von feindseligen Äußerungen der streitenden Parteien. Die eigene Erfahrung offen anzusprechen, war der erste Schritt zum Vertrauensaufbau.

Den Rücktritt vom Ministeramt bezeichnet der Referent als seine schwierigste Entscheidung und bittet um Verständnis für eventuelle subjektive Bewertungen, weist aber auch darauf hin, dass er sich als gelernter Historiker bemüht, die historischen



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



Fakten, die Bewertung und die Begründung seiner politischen Überzeugung auseinanderzuhalten.

Um das Geschehen im früheren Jugoslawien zu verstehen ist es wichtig, die Situation 1989/90 zu betrachten. In Deutschland fand eine einzigartige stille Revolution statt, in der Sowjetunion gab es durch Glasnost und Perestroika völlig neue Töne. Für Helmut Kohl war klar, dass Deutschland vereint werden müsse. In Bush sen. und US-Außenminister Baker hatte das Land Freunde. Es bestand die seltene Situation, dass in den wesentlichen Machtzentren drei politische Führer (Kohl, Bush und Baker) an humanitären, gesellschaftlich vernünftigen, klugen Ziel arbeiteten. Das führte aber auch zu Illusionen, man denke an Francis Fukuyama und die Vorstellung vom Ende der Geschichte. Doch es gibt auch Rückschläge; die Demokratie kann auch anderen Regimen wieder weichen.

Die stille Revolution gab es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa. Aber nicht im früheren Jugoslawien. Dort gab es einen Sonderweg in die umgekehrte Richtung durch den Generalsekretär der kommunistischen Partei Slobodan Milošević. Es war dort klar, dass die kommunistische Herrschaft ohne kommunistische Ideologie nicht mehr funktionieren konnte.

Die Situation im damaligen Jugoslawien ist gut deutlich zu machen, da es viele Zeitzeugen gibt. Der Referent zitiert ausführlich ein Interview des letzten Präsidenten Jugoslawiens Stjepan Mesić, der gefragt wurde, welche Politik er verfolgt habe. Er antwortete, dass sich Kroatien und Slowenien in allen Schritten abgestimmt hätten und eigentlich eine Stimmenmehrheit für eine Art Konföderation für drei bis fünf Jahre bekommen wollten. Damit hätte man den Krieg vermeiden können. Das sei aber nicht möglich gewesen, weil Milošević die gesamte Weltöffentlichkeit und die Serben betrogen habe, denn sein Ziel war es, auf den Ruinen Jugoslawiens ein ethnisch sauberes Großserbien zu schaffen. Mit ihm konnten keine politischen Vereinbarungen getroffen werden. Stjepan Mesić fuhr fort, dass das alte Modell drei Faktoren kannte, die Jugoslawien zusammenhielten: Tito mit seinem Charisma, der Bund der Kommunisten und die Armee. Nun war Tito weg, die Partei zerfallen und die Armee suchte einen Sponsor und fand ihn in Milošević. Das war für ihn das Zeichen, dass er die Grenzen verändern konnte. Er stellte es so dar, dass er für Jugoslawien kämpfe, aber er habe alles getan, um es zu zerstören. Der Westen unterdessen sei wegen der Rolle Jugoslawiens im Kalten Krieg sentimental gewesen. Stjepan Mesić sah den Krieg voraus.

Schwarz-Schilling fährt fort, dass der Westen weit davon entfernt war, eine solche Darstellung zu akzeptieren. Der Kommunismus war keine Klammer mehr für das alte Jugoslawien, dafür gab es eine andere Strömung. Eine nazistische intellektuelle Schicht ging in der Belgrader Akademie der Wissenschaften den Weg in den totalen serbischen Nationalismus. Hier wurden die entsprechenden Vorarbeiten in historischer und philosophischer Form geleistet und zwar schon ab 1985. Alles war bereits vorgedacht. „Greater Serbia“ wurde dann zu einem Kampfbegriff der militärischen Offensive und Begründung dafür, dass das Land sich für berechtigt hielt in andere Gebiete einzufallen. Die militärische Operation hatte eine ideologische Basis. Als Kroatien sich 1991 für unabhängig erklärte, kam es sofort zu einer Offensive, besonders gegen Vukovar, und die Zielsetzung des Völkermords wurde bereits sichtbar.

Von den Geschehnissen im ehemaligen Jugoslawien wollte der Westen nichts sehen. Schwarz-Schilling spricht davon, dass man hier immer noch berauscht war vom Ende des Kalten Krieges. Er sieht es auch als logische Konsequenz, dass die Amerikaner sich nach dem Ende der Sowjetunion von der Verantwortung lösten, auf dem Balkan zu intervenieren, und den Europäern die Lösung der Situation überließen. Den Vorwurf



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



gegenüber Amerika, dass es zögerlich, unwillig und zu spät agiert habe, sieht er als richtig an, aber hält ihn situationsbedingt für nicht ganz berechtigt.

Die Dinge entwickelten sich ohne eine klare Politik Europas und seiner einzelnen Länder. Im März 1991 gab es ein Geheimgespräch zwischen dem kroatischen Präsidenten Tudjman und Milošević zur Aufteilung Bosniens. Als es sich für seine Unabhängigkeit aussprach, wurde immer klarer, dass es zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen würde. Im Mai stimmten in einer Volksabstimmung in der Krajina 99 Prozent für den Anschluss an Serbien, wenige Tage später 80 Prozent in Kroatien für die Unabhängigkeit. Im Juli proklamierten Kroatien und Slowenien ihre Eigenständigkeit.

Schwarz-Schilling erläutert, dass England und Frankreich traditionell das alte koloniale Europa und nicht das künftige Europa als Herzstück ihrer Politik sahen. Als Beispiel nennt er den Versuch der beiden Großmächte 1956 das Regime in Ägypten zu stürzen, um die Rückgabe des Suezkanals zu erzwingen. Erst dann nutzte Nikita Chruschtschow die Gelegenheit den ungarischen Volksaufstand niederzuschlagen, während das Medienecho auf England und Frankreich gerichtet war.

Bezüglich der Schlacht um Vukovar wollte die Bundesrepublik sich möglichst heraushalten. Deutschlands Haltung war in diesem Fall jedoch sehr wichtig, da es eine unabhängige Position gegenüber Frankreich und England hätte einnehmen können, wenn es sich an die Seite der Vereinigten Staaten gestellt hätte. Die USA wollten sowohl eine Bombardierung der Belagerungsringe der Städte in Kroatien und Bosnien als auch die Aufhebung des Waffenembargos, nachdem der Westen nicht bereit war eigene Soldaten und Waffen zur Verfügung zu stellen. Deutschland hatte ein Jahr zuvor das Embargo erlassen, das gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina wirkte, da die Serben im Besitz der Waffen Titos waren.

Durch eine Analyse hätte man bereits 1990/91 die Situation klar erkennen können: Die Konzeption der Serben war, große Städte von der Armee umzingeln zu lassen und diese anschließend jahrelang zu belagern. Der Belagerungsring wurde immer undurchdringlicher und die humanitären Hilfskonvois wurden ab einem bestimmten Zeitpunkt gestoppt. Dies galt auch für die Lieferungen des UNHCR. Durch den UN-Sicherheitsratsbeschluss wurde die UNPROFOR eingerichtet, die dafür sorgen sollte, dass, wenn die Hilfslieferungen nicht durchkommen, der Belagerungsring mit militärischen Mitteln durchbrochen werden konnte. Jedoch durfte die UNPROFOR nur Gebrauch von ihren Waffen machen, wenn sie von der gegnerischen Seite direkt angegriffen wurde. Dieses Risiko ging die serbische Armee nicht ein. Sie blockierte die Straßen mit Panzern und machte eine Lieferung der UNHCR und ein Handeln der UNPROFOR unmöglich. Die Existenzgrundlagen der Zivilbevölkerung wurden aufgrund des Mangels an Lebensmitteln und medizinischer Versorgung verringert. Auch die erklärten Friedenszonen wie z.B. Srebrenica waren davon betroffen. Hinzu kamen gezielte snyper-Beschießungen und absichtliche Zerstörungen von Kulturgütern und Rotkreuzstationen – gegen alle Menschenrechtskonventionen. Frauen und junge Mädchen wurden gefangengenommen und systematisch vergewaltigt.

Christian Schwarz-Schilling wurde damals durch eine Artikelserie des amerikanischen Journalisten Roy Gutman aufgerüttelt und sprach mit dem Bundeskanzler und dem damaligen Verteidigungsminister Volker Rühle, um die Lage näher zu analysieren. Die SPD strengte einen Prozess gegen die Bundesregierung an, da diese drei Fregatten in der Adria für die Überwachung des Waffenembargos bereitgestellt hatte. Der Referent betont, dass dies ein kleines Zeichen der Solidarität war, welches jedoch in die falsche Richtung ging. Die Klage wurde damit begründet, dass es ein Out-of-area-Einsatz sei, das heißt außerhalb des Nato-Gebiets. Die Konsequenz war, dass Deutschland auf Grund dieses Prozesses handlungsunfähig



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



wurde. Engländer und Franzosen holten ihre alte Kolonialzeit heraus und waren für das Embargo, und Deutschland, das nun nach der Wiedervereinigung ein Stück Verantwortung für Europa hätte übernehmen müssen, entschuldigte sich mit Verfassungsgründen. Diese Haltung der Bundesregierung veranlasste Schwarz-Schilling zum Rücktritt von seinem damaligen Ministeramt.

In der Folgezeit wurden Verhandlungen bezüglich der Jugoslawienkriege geführt. Verhandlungsführer waren die ehemaligen Außenminister Cyrus Vance (USA) und David Owen (England). Schwarz-Schilling bekam in dieser Zeit eine Einladung für ein Fernsehgespräch, bei dem unter anderem der serbische Außenminister zu Gast war. Bei seinem Auftritt in der Fernsehshow „Einspruch“ auf SAT 1 konfrontierte Schwarz-Schilling den Außenminister der Republik Srpska (*Föderation Bosnien und Herzegowina*) mit dem Leiden der Zivilbevölkerung und der Beschießung der Flughäfen während der internationalen Friedensverhandlungen. Er forderte eine klare Antwort, ob die Schießerei während der Friedensverhandlungen aufhören würde. Trotz mehrfach klar gestellter Fragen antwortet der Außenminister nicht eindeutig, und der Referent verließ die Fernsehveranstaltung.

Nach einer Reise nach Genf und verschiedenen Gesprächen unter anderem mit Izetbegović (*erster Präsident der Republik Bosnien und Herzegowina*) war dem Referenten klar, dass, wenn die Verhandlungen so weitergeführt werden, und bei Aufrechterhaltung des Waffenembargos, kein Friede entstehen könne, und die Sache rechtzeitig gestoppt werden müsse, da man später dazu nicht mehr in der Lage sein würde. Auch das Zuschauen ist, so der Referent, ein Verbrechen. Er brachte eine Entschließung in der CDU-Fraktion ein, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um gemeinsam mit den Bündnispartnern eine Durchsetzung der Völkerrechtsordnung in Bosnien-Herzegowina zu erzwingen und ein Übergreifen der Kämpfe in den Kosovo, Mazedonien und andere Nachbargebiete zu verhindern. Gedacht war an eine militärische Absicherung der Flugverbotszonen der UN und ein unverzüglicher Einsatz für eine Aufhebung des Waffenembargos, um dem bosnischen Staat die Selbstverteidigung zu ermöglichen, da alle Maßnahmen der UN den Völkermord in Bosnien-Herzegowina nicht verhindert hatten. Vielmehr benutzte das serbische Militär die monatelangen Verhandlungen, um seine Kriegsziele durchzusetzen, und die UN wurde gewaltsam daran gehindert, wenigstens ihren Auftrag zum Schutz der Zivilbevölkerung zu erfüllen. Diese Forderung störte jedoch damals die Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der FDP, da die Freien Demokraten gegen ein Handeln der Bundesrepublik in Bosnien waren. Die FDP hatte sich der Klage der SPD gegen die Bundesregierung angeschlossen und wollte eine Entschärfung des Antrags, den Schwarz-Schilling daraufhin zurückzog.

Die UN brauchten zur Durchsetzung des Flugverbots AWACS-Flugzeuge, deren Besatzungen zur Hälfte Amerikaner, zur Hälfte Deutsche waren. Nach Ansicht der FDP sollten alle deutschen Besatzungsmitglieder der AWACS-Flugzeuge abgezogen werden. Damit wäre ein Einsatz dieser Flugzeuge nicht mehr möglich gewesen. Bei der Fraktionssitzung der CDU/CSU bestand Schwarz-Schilling auf einer Abstimmung über den Abzug der deutschen AWACS-Besatzungsmitglieder. Dabei stimmten 100 Prozent der Unionsabgeordneten dafür, dass sie bleiben. Bundeskanzler Kohl, der bei dieser Sitzung im Ausland war, stellte sich dem Beschluss seiner Partei nicht entgegen. Etwa eine Woche zuvor hatte Minister Lambsdorff (FDP) gesagt, dieses würde eine Koalitionsfrage werden.

Im Hinblick auf die heutige Situation erkennt Schwarz-Schilling, dass Kroatien an der Grenze steht, demokratische Verhältnisse zu behalten. Die Kroaten weisen die Bosnier ausdrücklich darauf hin, ihre Konflikte in ihrem eigenen Land, Bosnien-



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



Herzegowina, auszutragen. Die Konstruktion ethnischer Nationalitäten bedroht nach Ansicht des Referenten immer wieder die Demokratie. Aber wenn die Demokratie außer Kraft gesetzt wird, wird der Balkan aus seiner derzeitigen Situation überhaupt nicht herauskommen.

Die Verhandlungen in Dayton scheiterten, weil zentrale europäische Rechte nicht berücksichtigt wurden. Europa wurde von Angelsachsen vertreten, heißt von Amerika und England. Die Franzosen waren weniger sichtbar und wir Deutsche haben gesagt, bitte fragt uns nicht. Richard Holbrooke (*US-Sonderbeauftragter für den Balkan*) sah keine andere Möglichkeit als die Einsetzung eines Hohen Repräsentanten, um die ungelösten Fragen der Landesteile des ehemaligen Jugoslawiens untereinander anzugehen, um Schritt für Schritt Vernunft in die Sache zu bringen. Der hohe Repräsentant hatte innerhalb von fünf Jahren Institutionen zu schaffen, Zeitungen zu lizenzieren, Handelskammern aufbauen etc. Dann kann man Wahlen veranstalten, nicht vorher. Es ist alles ganz klar zu sehen, nur wenn wir nicht den Mut zur rechten Zeit haben, dann werden wir das alles wieder erleben. Jede Generation muss wissen, dass, wenn sie gewisse Dinge nicht beachtet, die Geschichte unbarmherzig zuschlägt. Es gibt nichts Unumkehrbares. Wir haben aus dieser Situation viel zu lernen und wenn wir Verantwortung tragen, müssen wir auch handeln.

Auszüge aus der Diskussion

Frage:

Wie würden Sie die Arbeit des Hohen Repräsentanten nach dem Krieg insgesamt bewerten, denn es hat sich ja eigentlich nichts getan. Zwanzig Jahre sind vergangen und viele behaupten, dass der Krieg fortgesetzt worden ist, jedoch ohne Waffen.

Antwort:

Leider muss man immer damit rechnen, dass er auch mit Waffen fortgesetzt wird. Es gibt kaum ein Land, in dem so viele Waffen im Gebrauch waren oder auch versteckt sind, wie im heutigen Bosnien-Herzegowina. Früher hatten die Bosnier kaum Waffen, heute ist es so, dass alle drei sogenannten Nationalitäten aufgerüstet haben.

Der Westen hat den Hohen Repräsentanten selbst demontiert. Es stand nirgends im Vertrag, dass er bei jeder Entscheidung zu fragen habe, sondern er sollte aus eigener Verantwortung handeln. Aber schon der erste Repräsentant Carl Bildt hat sich bei allen Entscheidungen abgesichert, in Washington, Berlin oder Rom. Ich habe als Hoher Repräsentant auch Entscheidungen getroffen, bei denen die Amerikaner entsetzt waren. Ich schaltete mich nicht so schnell ein; die Menschen sollten lernen selber zu laufen. Der Posten hätte ganz anders gehandhabt werden müsse; Holbrooke hat nicht vorausgesehen, dass der Hohe Repräsentant Spielball der Mächte sein würde. Sie brauchen mutige Hohe Repräsentanten, sonst sind sie schnell weg. Ich bin 17 Monate Repräsentant gewesen, der heutige ist im achten Jahr.

Frage:

Wie sehen Sie die Zukunft dieses etwas Kunstgebilde ähnlichen Staates Bosnien-Herzegowina? Und sehen Sie irgendwo einen Läuterungsprozess in diesem bis heute unbesiegbaren großserbisch-nationalistischen Denken?

Antwort:

Wir haben einen langfristigen Läuterungsprozess. Der braucht eine bis zwei Generationen. Die Fragen von Lizenzierungen, der Parteien, des Rundfunks, der Zeitungen usw., das ist alles schon abgelaufen. Alles andere müssen die Menschen selber machen unter Mithilfe der internationalen Gemeinschaft, nur ist das ein Prozess



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



von Generationen. Es gibt sehr kluge junge Leute, zum Beispiel an der Universität in Sarajewo.

Frage:

Die heutige schwierige Situation in Jugoslawien hat ja eine Tradition, die mindestens bis 1912 zurückreicht. Wie sehen sie die Wirkungskraft dieser unglücklichen Gewalttradition?

Ergänzende Frage:

1994 hat es kein Sarajevo à la 1914 gegeben, das heißt keine Intervention im klassischen Sinne – also Großbritannien und Frankreich großserbisch, Deutschland und Österreich antiserbisch. War es nicht doch ein Fortschritt, dass es das nicht gab? Aber nur ein sehr trauriger?

Antwort:

Ja, das kann man schon so sagen. Es dauert aber jetzt alles viel länger, weil man die wirklich wichtigen Dinge nicht rechtzeitig gemacht hat. Nun müssen die jungen Leute mit sehr viel Leid und Entbehrungen eine Zeit kämpfen gegen althergebrachte, ganz fest im Sattel sitzende Leute, die weniger das Volk und die Gesellschaft im Auge haben, als ihre eigenen Dinge und ihre eigene Familie.

Es ist falsch zu sagen, es sei wieder alles dasselbe, das ist es nicht, es gibt auch Fortschritte, die man durchaus sehen kann, nur man muss wahnsinnig aufpassen. Montenegro hat sich trotz seiner sehr komplizierten Bevölkerungszusammensetzung zu einem Nato-Beitritt durchgerungen – und wie lange hat der Westen gebraucht bis er diesen Beschluss gehört und die für Europa positive Entwicklung umgesetzt hat.

Frage:

Ist die Europäische Union letztlich die hoffnungsvolle Langzeitperspektive, wenn sich alle mehr oder weniger dorthin orientieren? Der sogenannte Westbalkan, die Serben, die Albaner, die Mazedonier, sollen ja schon über die Assoziationsabkommen hinaus eine Beitrittsperspektive haben. Ist das neben der Nato die einzige große Hoffnung?

Antwort:

Das ist eine schwere Frage, denn ich weiß nicht, wie sich das in Zukunft entwickelt. Es ist immer richtig, dass wir die Westorientierung unterstützen – ohne Russland zu verärgern. Es ist im Grunde die eigene Sicherheit, die wir mit unterstützen sollten, und man muss den Ländern ein Gefühl der Sicherheit geben, auch Nato-Ländern, die sehr verunsichert worden sind durch die Situation in der Ukraine, auf der Krim usw. Man kann mit den Russen auch in einer anderen Weise umgehen, zum Beispiel indem man ein anderes Gesprächsklima pflegt. Es ist nicht mehr die Sowjetunion, es ist ein anderes Land, fortschrittlicher.

Es dauert heute alles nur viel länger, weil wir wichtige Zeiträume versäumt haben. In Bosnien wird es die Folge haben, dass die meisten emigrieren wollen und dass es dort im Moment keinerlei Veranlassung gibt, das zu unterbinden oder es nicht zu wollen. Und wenn das so ist, dann müssen wir den Menschen auch die Wahrheit sagen.